

Niederschrift
der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 10.06.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 17:50 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Mitglieder

Herr Christian Binder
Herr Volker Borbe
Herr Jan Gottschling
Herr Ulrich Grösser
Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Bernd Röll
Herr Dipl.-Ing. Rainer Starke

Vertretung für Frau Ute Bartel
Vertretung für Herrn Jürgen Suhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Kirstin Gessert
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Sabine Uhlig
Frau Antje Wunderlich

Gäste

Herr Peter Mühle

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 06.05.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 43 der Hansestadt Stralsund -Am Flotthafen-, Einleitbeschluss für die 1. Änderung
Vorlage: B 0022/2021
 - 3.2** Kostenloser ÖPNV
Vorlage: B 0066/2020

Änderungsantrag zur Vorlage B 0066/2020 Kostenloser ÖPNV
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0112/2021
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Projekt: Richtungsknoten

Ergänzungsantrag zum TOP 4.1 Projekt Richtungsknoten
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0109/2021
 - 4.2** Photovoltaikanlagen in der Innenstadt
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet Herr Bauschke Herrn Starke seine Pflichten als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund gewissenhaft zu erfüllen (§ 28 Abs. 2 KV-MV).

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 06.05.2021

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 06.05.2021 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 43 der Hansestadt Stralsund -Am Flotthafen-, Einleitbeschluss für die 1. Änderung Vorlage: B 0022/2021

Frau Wunderlich erläutert die Vorlage.

Es handelt sich um einen rechtskräftigen Bebauungsplan, der die erste Änderung erfahren soll. Der nördliche Bereich soll für eine geänderte Nutzung überplant werden. Ursprünglich waren auf der Fläche die Erweiterung der Pflegeeinrichtung des DRK, Stellplätze und eine Grünfläche geplant.

Durch die Erweiterung des Schulzentrums am Sund wurde es notwendig, einen Standort für eine Turnhalle und eine Aula zu eruieren. Es wurde ein Tausch verhandelt, wobei das Tauschgrundstück unmittelbar östlich an den B-Plan angrenzt (Behindertenwerkstätten, Anglerverein).

Herr Gottschling signalisiert für seine Fraktion grundsätzlich Zustimmung zur Vorlage. Auf Nachfrage erklärt Frau Wunderlich, dass die Stralsunder Werkstätten einen neuen Standort für die Außenstelle schaffen wollen und den vorhandenen aufgeben. Aufgrund von Corona waren die Gespräche mit dem Anglerverein schwieriger, konnten aber auch positiv abgeschlossen werden.

Herr Starke spricht die verkehrliche Situation an und fragt, ob im Bereich Frankenhof Veränderungen geplant sind, da ein Teil der Straße schon jetzt an ihrer Leistungsgrenze ist. Nach Kenntnis von Frau Wunderlich ist bisher noch keine Untersuchung vorgenommen

worden, auch weil es sich bisher lediglich um den Einleitbeschluss handelt. Sie sichert zu, dass es im Laufe des B-Planverfahrens Verkehrsnachweise und Untersuchungen geben wird. Frau Wunderlich ergänzt, dass der B-Plan um eine Fläche für einen Fahrradweg erweitert wurde, welcher die Frankenvorstadt direkt an die Innenstadt anbindet. So soll erreicht werden, dass viele Personen das Fahrrad nutzen.

Herr Starke appelliert, sofern keine bauliche Anpassung möglich sein sollte, eine verkehrliche Änderung herbeizuführen.

Frau Wunderlich nimmt die Anregung mit.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0022/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.2 Kostenloser ÖPNV Vorlage: B 0066/2020

Herr Bogusch geht auf die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass es auch im Landkreis Überlegungen gibt, einen kostenlosen ÖPNV einzurichten.

Die Hansestadt hat sich für einen Testlauf entschieden, um Erkenntnisse darüber sammeln zu können, wie das Angebot angenommen wird. Es soll sich vorerst auf die Teilnehmer 70+ konzentriert werden, da diese Altersgruppe häufig auf die Busse angewiesen ist.

Herr Röhl bittet zu beachten, falls auch der Landkreis eine kostenlose Beförderung anbietet, vertraglich geregelt wird, dass auch die Hansestadt Stralsund miteinbezogen wird.

Da die Hansestadt zum Landkreis gehört, geht Herr Bogusch davon aus, dass bei einem entsprechenden Beschluss des Kreistages der kostenlose ÖPNV auch in Stralsund gelten wird.

Herr Haack erläutert, dass der Kreistag beschlossen hat, dass geprüft wird, ob zum 01.01.2023 kostenloser ÖPNV angeboten werden kann.

Herr Gottschling bezieht sich auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI und fragt, ob die Personengruppe um die Inhaber des Strelapasses erweitert werden soll.

Herr Starke bestätigt dies.

Herr Haack ist der Ansicht, dass der Antrag während der Haushaltsdiskussion in die Bürgerschaft hätte eingebracht werden müssen. Er spricht sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Herr Bauschke stellt den vorliegenden Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmung: 3 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der eingereichte Änderungsantrag wird der Bürgerschaft somit nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Anschließend stellt Herr Bauschke die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0066/2020 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Projekt: Richtungsknoten

Herr Bogusch erklärt, dass das Projekt über ein EFRE-ÖPNV-Förderprogramm finanziert werden soll, da dieses 2023 ausläuft, benötigt die Verwaltung ein Votum, ob das Vorhaben weiterverfolgt werden soll.

Herr Bauschke weist auf den vorliegenden Ergänzungsantrag AN 0109/2021 hin. Grundsätzlich befürwortet die CDU/FDP-Fraktion das Projekt, möchte aber sicherstellen, dass die bevölkerungsreichen Stadtteile Grünhufe und Knieper West ebenfalls von einem Richtungsknoten profitieren.

Die Fraktion Bürger für Stralsund sieht das Vorhaben ebenfalls positiv, Bedenken bestehen allerdings in Bezug auf den Richtungsknoten in der Greifswalder Chaussee. Herr Haack bittet deshalb darum, die Umsetzung hier noch einmal zu prüfen.

Herr Bogusch erklärt, dass die zusätzlichen Busse nur einen geringen Teil des Verkehrsaufkommens darstellen. Voraussichtlich im Juli soll eine Fahrspuranpassung auf der Greifswalder Chaussee vorgenommen werden, um den Verkehrsfluss zu optimieren. Die Ergebnisse aus der Voruntersuchung zeigen deutlich, dass dieser Standort realisiert werden muss.

Herr Gottschling äußert für seine Fraktion Zustimmung, auch für den Ergänzungsantrag.

Herr Bauschke stellt zunächst den Ergänzungsantrag, zu prüfen, ob mindestens ein weiterer Knotenpunkt im Bereich Grünhufe oder An der Stadtkoppel eingerichtet werden kann, zur Abstimmung:

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Anschließend bittet er um das erbetene Votum des Ausschusses für die Weiterführung des Projektes einschließlich der empfohlenen Ergänzung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Auf Nachfrage erklärt Herr Bogusch, dass die folgenden Vergaben, bei entsprechenden Summen in den zuständigen Ausschüssen beraten und beschlossen werden.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Photovoltaikanlagen in der Innenstadt

Frau Gessert schildert, was bisher zu dem Thema besprochen worden ist. Sie erklärt, dass die Gestaltungssatzung 2015 einer Rechtsprüfung unterzogen worden ist, die ergeben hat, dass die Satzung rechtssicher, verhältnismäßig und angemessen ist.

In Bezug auf das Thema Sonnenkollektoren wird in vertraglichen Einzelfällen von der Satzung abgewichen. Dies setzt eine sorgfältige Prüfung voraus, bei der vor allem zu beachten ist, dass die Denkmalschutzverordnung Vorrang hat.

Weiter geht Frau Gessert auf zwei Gestaltungssatzungen aus andern Städten (Wismar und Lüneburg) ein.

In Wismar sind Solaranlagen auf Dachflächen oder an Fassaden zulässig, wenn sie auf der rückseitigen Dachfläche oder an der rückwertigen Fassade errichtet werden und wenn sie weder von öffentlichen Straßen noch von den touristisch besuchten Kirchtürmen der Stadt aus sichtbar oder einsehbar sind. Auf Anbauten oder untergeordneten Nebengebäuden können Ausnahmen zugelassen werden. Das Kriterium der Einsehbarkeit ist ein wichtiges und kann nicht überwunden werden. Auch in Wismar ist die Genehmigung eine Einzelfallentscheidung. An Hand einer Karte veranschaulicht Frau Gessert, dass nur zwei sehr kleine Areale für die Errichtungen von Solaranlagen geeignet sind, da sie nicht einsehbar sind.

Die Gestaltungssatzung der Stadt Lüneburg aus dem Jahr 2013 enthält folgende Regelung:

Anlagen zur Gewinnung von Sonnen- und Windenergie können als Ausnahmen auf Nebengebäuden zugelassen werden, wenn sie von öffentlich zugänglichen Flächen nicht einsehbar sind und keine Beeinträchtigung für die Dachlandschaft von ihnen ausgeht. Die Anlagen dürfen ebenfalls nicht von Kirchtürmen, dem Wasserturm oder dem Kalkberg einsehbar sein.

Im Gegensatz zu Wismar ist die Regelung in Stralsund nicht so restriktiv.

Frau Gessert macht noch einmal deutlich, dass die Belange des Denkmalschutzes überwiegen und erst, wenn aus Sicht des Denkmalschutzes eine Möglichkeit für die Installation einer Anlage gesehen wird, erfolgt die weitere Prüfung.

Nach Einschätzung der Verwaltung lassen die in der Gestaltungssatzung getroffenen Regelungen Ausnahmen zu und rechtfertigen keinen dreijährigen Änderungsprozess der Satzung wie in anderen Kommunen.

Herr Haack hält die aktuelle Gestaltungssatzung für gelungen, spricht sich aber dennoch für eine wohlwollende Prüfung aus, wenn die Dachflächen nicht einsehbar sind und es sich um wenige Panels handelt.

Herr Gottschling erfragt, ob es stimmt, dass es bei Neubauten eine Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen geben soll und welche Konsequenzen dies für die Gültigkeit der Gestaltungssatzung hätte.

Aus Sicht von Frau Gessert würde ein solcher Beschluss den Denkmalschutz ignorieren und dies ist nur schwer vorstellbar.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, schließt Herr Bauschke den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Bauschke stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung